

# journal

ver.di

Bund + Länder und Gemeinden

1/2015

EXTRA



Lampedusa-Demo (Foto: Hansen Kommunikation)

## MEHR AUSBILDUNG UND MEHR STELLEN

*Flüchtlingshilfe braucht mehr Geld, sonst sind die Aufgaben nicht zu schultern*

Bund, Länder und Kommunen müssen die Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern, die in der Flüchtlingshilfe arbeiten. Viele von ihnen sind seit Monaten mit ihrer Arbeit am Limit. Derzeit ist nicht absehbar, wann die Zahl der Menschen, die aus Not ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland auf Hilfe hoffen, abnehmen wird. Hervorzuheben ist das große Engagement der Beschäftigten und der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe. Engagement ist gut, maßlose Arbeit darf aber keine Selbstverständlichkeit sein. ver.di fordert deshalb die staatlichen Institutionen auf, schnell leistungsfähige Strukturen zu schaffen, die der Situation in der Flüchtlingshilfe gerecht werden.

Dass die Aufnahme und die Unterbringung der Flüchtlinge bisher gut funktioniert hat, ist dem Einsatz der Beschäftigten in den betroffenen Ämtern, Behörden und Einrichtungen geschuldet. Funktionierende Verwaltungsstrukturen halfen dabei, dass die Menschen, die Hilfe benötigen, nicht auf den Bahnsteigen bleiben mussten. Und nicht zu vergessen: die vielen ehrenamtlichen HelferInnen, die immer da mit anfassten, wo sie gebraucht wurden. Unermüdliches Engagement machte bisher möglich, die Flüchtlingsarbeit weitestgehend gut zu organisieren.

Weiter auf Seite 2 →

## WILLKOMMEN

Die Flüchtlinge sind in Deutschland willkommen. Die Politik hat klare Worte gefunden – und das ist gut so. Die Willkommenskultur muss weiter gestärkt und verstetigt werden. Auch weil die Flüchtlinge einer offenen Gesellschaft jede Menge Chancen eröffnen.

Die Politik der vergangenen Jahre hat die Motivation und das Können der Asylsuchenden behindert: Durch Arbeitsverbote, fehlenden Deutschunterricht und die Unterbringung in abgelegenen Massenunterkünften. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch: Je besser Flüchtlinge Zugang haben zu Deutschkursen, je besser alle Zugang haben zu Bildung, zu Ausbildung und dem Arbeitsmarkt, desto mehr wird die Gesellschaft sozial und wirtschaftlich gewinnen. Völlig klar ist:

ver.di verurteilt Gewalt gegen Flüchtlinge auf das Schärfste. Wir werben für Solidarität mit den Geflüchteten.

### Flüchtlingshilfe aktiv vor Ort unterstützen

Die Zahl der Zufluchtsuchenden stellt uns insgesamt vor große Herausforderungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Flüchtlingsarbeit bei Bund, Ländern und Gemeinden leisten enorm viel, um die Menschen gut zu unterzubringen. Mittlerweile haben sich viele Initiativen gegründet, um dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge in Deutschland gut Fuß fassen können. Wir möchten an die vorbildlichen Aktionen an den Hauptbahnhöfen in München, Dortmund und anderen Städten erinnern, wo viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mitgeholfen haben, den Ansturm der Flüchtlinge zu bewältigen.

### Hilf mit!

ver.di ruft alle Mitglieder auf, sich im Rahmen der Möglichkeiten an örtlichen Aktionen zu beteiligen und selber tätig zu werden. Von der betrieblichen Spendensammlung bis zur Hilfe bei Behördengängen: Eure Unterstützung ist gefragt!



(Foto: DPA / Picture Alliance)

### Keine vorübergehende Erscheinung

Leider schätzte die Politik die Lage lange falsch ein. Viele politische Entscheidungsträger nahmen zu spät wahr, wie viele Menschen sich aufgemacht haben, um nach Deutschland zu kommen. Nach wie vor halten viele PolitikerInnen die große Zahl der Flüchtlinge für eine vorübergehende Erscheinung, sodass auf langfristige und tragfähige Strukturen verzichtet werden kann. ver.di ist sich sicher: Das ist ein Irrtum.

Die Politik hat die Flüchtlingssituation bewusst ignoriert – und nimmt sie bis heute nicht als die große Aufgabe, die sie ist, wahr. Leider.

Denn damit bleibt die Bewältigung der Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen auf den Schultern der betroffenen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie der Wohlfahrtsverbände und ehrenamtlich Engagierten.

### Belastungsgrenze schon oft deutlich überschritten

Dabei gibt es für ver.di nur einen Weg: Die Strukturen, die personellen und finanziellen Ressourcen müssen den steigenden und sich verstetigenden Flüchtlingszahlen angepasst werden. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden sowie den Kommunen lässt sich eine befriedigende Flüchtlingsarbeit nicht länger aufrechterhalten. In vielen Arbeitsbereichen ist die Belastungsgrenze der Beschäftigten schon lange erreicht beziehungsweise längst deutlich überschritten.

### Flüchtlingshilfe braucht mehr Geld

Klar ist: Die Aufnahme der Hilfe suchenden Menschen muss unter zumindest akzeptablen Bedingungen gewährleistet sein – unabhängig davon, ob ihr Antrag auf Asyl letztendlich bewilligt oder abgelehnt wird. Wobei menschenwürdige Unterkünfte, gesundheitliche Versorgung und gute, vorurteilsfreie Aufnahme und Unterstützung als wichtige Aspekte dieser akzeptablen Bedingungen verstanden werden müssen. Das aber bedeutet, dass erheblich mehr Geld und mehr Personal für geeignete Unterkünfte, Verpflegung, Gesundheit, psychosoziale Betreuung und Integration verwendet werden müssen.

Generell aber muss gelten: Die Leistungen der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht eingeschränkt werden. Letztendlich bedeutet das aber, dass Länder und Bund mehr investieren müssen, denn die Kommunen können die Anforderungen nicht alleine schultern.

### Öffentlicher Dienst ist leistungsfähig

Eigentlich hat der öffentliche Dienst ideale Voraussetzungen, solch komplexe Hilfesituationen zu meistern. Denn für den öffentlichen Dienst arbeitet ein breit gefächertes Spektrum von Beschäftigten unterschiedlicher Berufsgruppen. Jetzt rächt sich aber, dass in den vergangenen Jahren überall massiv Personal- und Stellenabbau Schwerpunkt war. Nach Kürzungen und Wiederbesetzungssperren haben die Verwaltungen keine Reserven mehr.

Mehr Personal soll es geben: 2.000 zusätzlichen Stellen unter anderem für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Doch sieht der Finanzplan für den Bund gleichzeitig vor, dass die Anzahl der Stellen in den kommenden Jahren stabil bleibt und die Personalkosten bis 2019 von einem gegenwärtig 10-prozentigen Anteil am Bundeshaushalt auf 9,4 Prozent im Jahre 2019 gesenkt werden sollen. Stellen sollen also nicht entstehen, sondern wegfallen!

Ein „flexibler Mitarbeiterinsatz“ soll die Lösung sein. So ist vorgesehen, dass Beschäftigte der Zollverwaltung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie die Bundespolizei unterstützen. Dafür soll das „Tempo der Mindestlohn-Kontrolle“ laut Bundesregierung verlangsamt werden. Anzumerken ist hier, dass beim Zoll fast 5000 Stellen unbesetzt sind, das heißt, dass überall und nicht nur in der Mindestlohn-Kontrolle Personal fehlt.

Auch aus den Ländern wird berichtet, dass weitergehende Personalerfordernisse kostenneutral realisiert werden sollen, also ohne den erforderlichen Personalaufbau.

Auch in den Kommunen ist in vielen Arbeitsbereichen die Belastbarkeitsgrenze der Beschäftigten erreicht, zum Beispiel bei der Ausländerbehörde, bei den Jugend- und Sozialämtern, den Gesundheitsämtern, beim Gebäudemanagement, bei den Flüchtlingsunterkünften, den Jobcentern (gE), der Schulsozialarbeit und den Kindertageseinrichtungen. Für ver.di ist es deshalb unabdingbar: Bund, Länder und Kommunen müssen investieren – vor allem in gutes Personal. Mehr Ausbildungsplätze und die Schaffung neuer Stellen lautet das Gebot der Stunde.

## WELTWEIT KNAPP 60 MILLIONEN MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Derzeit befinden sich weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht - die höchste Zahl, die jemals vom Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) verzeichnet wurde. Und diese Zahl wächst weiter.

Bis zu 800.000 Flüchtlinge werden in diesem Jahr in Deutschland erwartet. 2014 belegte das wirtschaftlich starke Deutschland mit 2,5 Asylbewerbern pro Tausend Einwohnern in Europa Platz 7, weltweit Platz 16.

Das Asylrecht wird in Deutschland nicht nur - wie in vielen anderen Staaten - auf Grund der völkerrechtlichen Verpflichtung aus der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt, sondern hat als Grundrecht Verfassungsrang. Seit 2008 steigt die Zahl der Asylanträge kontinuierlich, seit 2013 rasant. 2014 wurden in Deutschland insgesamt gut 170.000 Erstanträge auf Asyl verzeichnet, von Januar bis Juli 2015 waren es über 190 000 Erstanträge. Nach aktuellen Erkenntnissen liegt die Zahl der Flüchtlinge deutlich höher, als die Antragszahlen vermitteln, da nicht alle, die die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder

aufnehmen, Anträge stellen. Hohe Flüchtlingszahlen sind in Deutschland allerdings nicht unbekannt, im Jahr 1992 verzeichnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlingen 438.200 Asylanträge.

Für die einzelnen Bundesländer bestehen Aufnahmequoten gemäß dem sogenannten Königsteiner Schlüssel. Er wird für jedes Jahr entsprechend den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder berechnet. Für 2015 belegt dabei Nordrhein-Westfalen mit einer Quote von über 21 Prozent mit Abstand den ersten Platz. In den Bundesländern erfolgt die Verteilung der Asylsuchenden auf der Grundlage eines vom jeweiligen Land erstellten Verteilerschlüssels.

In den nächsten Jahren ist nach Einschätzung von Experten nicht mit einem nennenswerten Rückgang der Asylzahlen zu rechnen. Auch der Bundesinnenminister erwartet, dass sich Deutschland in den nächsten Jahren auf hohe Flüchtlingszahlen einstellen muss - und darauf, dass etwa 40 Prozent von ihnen dauerhaft bleiben.



Frank Bsirske (Foto: ver.di)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen haben zehntausende Menschen in Deutschland Zuflucht vor Krieg, Hunger, Gewalt und Verfolgung gesucht. Die Zahl der Asylsuchenden wird auch in der kommenden Zeit sehr hoch sein. Wir stehen in Deutschland und in Europa vor großen Herausforderungen.

Funktionierenden Verwaltungsstrukturen im öffentlichen Dienst kommt dabei eine ganz wesentliche Bedeutung zu. Trotz unzureichender Ausstattung war es dank des außerordentlichen Einsatzes vieler Kolleginnen und Kollegen kurzfristig möglich, die Leistungsfähigkeit öffentlicher Dienststellen in ganz besonderem Maße unter Beweis zu stellen. Das wochenlange nicht nur dienstliche, sondern auch persönliche Engagement der Beschäftigten bei Bundes-, Länder- und Gemeindeverwaltungen sowie bei den freien sozialen Trägern verdient hohe Anerkennung und sehr viel Respekt. Tagtäglich gehen Kolleginnen und Kollegen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Oft genug vernachlässigen sie dabei ihre eigenen Schutzrechte. Das kann kein Dauerzustand sein: ver.di setzt sich deshalb nachdrücklich für eine schnelle und deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei den betroffenen Dienststellen und den helfenden Trägerorganisationen ein.

Euer Frank Bsirske

# DAUERSTRESS MUSS EIN ENDE HABEN

*ver.di dringt auf Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in der Flüchtlingshilfe*



Wolfgang Pieper (Foto: Bender)

**Die Situation in der Erstaufnahme und in den Antragsstellen muss aus dem Notmodus. Da längst absehbar ist, dass auch in den kommenden Monaten und möglicherweise gar Jahren viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen werden, müssen Bund, Länder und Kommunen entsprechende Strukturen schaffen. Das heißt: Sie müssen schnell damit beginnen, das Personal der Flüchtlingshilfe gravierend aufzustocken. Rentnerinnen und Rentner, Pensionärinnen und Pensionäre zurückzuholen, kann nicht die Lösung sein, erläutert der von den Fachbereichskonferenzen gewählte Leiter der Fachbereiche Bund und Länder sowie Gemeinden, Wolfgang Pieper.**

**Die Personalsituation in der Flüchtlingshilfe ist derzeit alles andere als ideal.**

**Pieper:** So ist es. Wobei es Warnungen gab, dass sich die Situation so entwickeln wird, wie es nun geschehen ist. Denn seit 2008 steigt die Zahl der Flüchtlinge und damit auch die Zahl der Asylanträge. Die Schicksale der geflüchteten Menschen sind oft dramatisch. In den Erstaufnahmestellen kommen erschöpfte Menschen an. Familien mit Kindern stehen oft stundenlang Schlange in der Erwartung, dass sie Schutz und Hilfe bekommen – ein Dach über den Kopf und was zu essen. Die Beschäftigten tun alles, um diesen Menschen zu helfen. Dabei vernachlässigen die Kolleginnen und Kollegen oft ihre eigenen Interessen, auch ihren Anspruch auf Arbeits- und Gesundheitsschutz.

**Das ist die Situation in den Erstaufnahmestellen. Wie sieht es beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus?**

**Pieper:** Die Beschäftigten hier wissen, dass sie beziehungsweise ihre Arbeit sich direkt auf die Situation in den Erstaufnahmestellen auswirkt: Je schneller sie arbeiten, desto eher entspannt sich die Lage vor Ort. Wenn man überhaupt von Entspannung reden kann. Die Beschäftigten beim Amt für Migration und Flüchtlinge sind im Dauerstress – zumal jeden Tag unzählige neue Anträge auf Asyl eingehen. Und wir alle wissen oder können ahnen, dass sie sich in den Anhörungsverfahren zu den Asylanträgen mit unvorstellbaren Schicksalen auseinandersetzen müssen. Und das alles, während sie ununterbrochen im Fokus der Öffentlichkeit und der Politik stehen.

**Was muss passieren, damit die Lage für die Beschäftigten akzeptabler wird?**

**Pieper:** Der Bund, die Länder und Kommunen dürfen nicht länger zögern, sie müssen neue Stellen schaffen. All das, was bisher eingeleitet wurde, wie Beschäftigte anderer Bereiche zur Flüchtlingshilfe einzusetzen, reicht nicht aus und ist zudem der falsche Weg. Es kann doch nicht sein, dass der Personalaufbau in der Flüchtlingshilfe zu Lasten der anderen Bereiche im öffentlichen Dienst geht. In allen Bereichen ist das Personal knapp, weil in den vergangenen Jahren stetig Personal reduziert wurde. Der demografische Wandel tut sein Übriges. Das heißt: Kostenneutral ist die Flüchtlingshilfe bei Bund, Ländern und Kommunen nicht zu machen.

**Was fordert ver.di?**

**Pieper:** Eines ist klar: Abordnungen aus anderen Dienststellen oder die Reaktivierung von Rentnerinnen und Rentnern oder von Pensionärinnen und Pensionären mögen richtig sein, um sofort die Flüchtlinge unterstützen zu können. Eine Dauerlösung sind sie mitnichten. Was wir brauchen, das sind externe, unbefristete Einstellungen. Gebraucht wird zudem eine größere Anstrengung bei der Ausbildung und die Auszubildenden müssen nach der Prüfung übernommen werden. Außerdem müssen gezielt Frauen und Männer mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Es versteht sich von selbst, dass diese neuen Beschäftigten tarifgerecht eingruppiert werden müssen. Und eigentlich müsste es auch selbstverständlich sein, doch weil es das oft nicht ist, fordern wir, dass es keine Zwangsversetzungen oder Zwangsabordnungen geben darf. Wenn Menschen aus anderen Bereichen einspringen, dann muss das Prinzip der Freiwilligkeit gelten.

**Aller Voraussicht nach wird der Zustrom an Flüchtlingen in der nächsten Zeit eher wachsen als abebben. Handelt die Politik entsprechend?**

**Pieper:** Unserer Einschätzung nach tut sie das nicht. Das Bundesinnenministerium selbst verweist darauf, dass die Zahl der Asylsuchenden in den nächsten Jahren nicht sinken wird. Deshalb müssen jetzt dringend Politik und Verwaltung ihren Modus ändern – weg von der Bewältigung



(Foto: Bachmeier)





(Foto: Wienhöfer)

gung hin zu einer Dauerlösung. Denn es geht längst nicht mehr nur darum, dass kurzfristig Lösungen gefunden werden müssen. Neben den Notlösungen muss die Stellen- und Personalbemessung, muss sich die Personalentwicklung und die Haushaltsplanung auf langfristige Anforderungen einstellen und entsprechende Maßnahmen umsetzen. Aber vor allem: Politik und Verwaltung dürfen dies nicht auf die lange Bank schieben. Das muss jetzt, zeitgleich zu den Notlösungen, geschehen.

#### **Doch wenn die Politik weiter zögert?**

**Pieper:** Das will ich mir kaum vorstellen. Wenn nicht schnell neue Stellen geschaffen werden, wenn nicht so schnell wie möglich mehr ausgebildet wird, dann steigt die Überforderung der Beschäftig-

ten in der Flüchtlingsarbeit ins Unermessliche. Deshalb muss jetzt für Entlastung gesorgt werden. Gute Arbeit darf für die Beschäftigten in dieser Situation kein Fremdwort sein. Und klar ist auch: Tarifverträge als Mindeststandards müssen eingehalten werden. Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, dass solche Selbstverständlichkeiten immer wieder betont werden müssen.

#### **Die Lage in der Erstaufnahme drückt auch auf die Psyche. Was ist da zu tun?**

**Pieper:** Die Schicksale der Flüchtlinge lassen niemanden kalt. Schon gar nicht die Menschen, die tagein, tagaus damit zu tun haben. Deshalb fordern wir, dass die Beschäftigten der Erstaufnahme und die Beschäftigten der Antragsstel-

len psycho-sozial betreut werden. Auch eine Gesundheitsvorsorge und eine ärztliche Begleitung sind nötig. Außerdem müssen die besonderen Belastungen bei der Arbeit dokumentiert werden. Aber vor allem: Es müssen noch mehr Dolmetscher eingesetzt werden. Wenn Dolmetscher fehlen, bleiben die Anträge auf dem Schreibtisch. Die Einrichtung einer Dolmetscher-Telefon-Zentrale beziehungsweise eines Dolmetscherpools könnte die Arbeit deutlich unterstützen. Bund, Länder und Kommunen als Arbeitgeber müssten jede Möglichkeit nutzen, um gerade den Beschäftigten, die derzeit über alle Maßen gefordert sind, den Arbeitsalltag zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass diese Beschäftigten die anspruchsvollen Aufgaben in der Flüchtlingsarbeit gut bewältigen können.

#### **IN ALLER KÜRZE:**

### **WAS VER.DI FORDERT:**

- externe, unbefristete Einstellungen
- mehr Ausbildung und Übernahme der Ausgebildeten
- die gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst
- die Aufstockung für Teilzeitbeschäftigte, die mehr arbeiten möchten
- Angebote an bisher befristet Beschäftigte, das Arbeitsverhältnis in den Bereichen der Flüchtlingshilfe oder in anderen Bereichen, die jetzt mittelbar betroffen sind, unbefristet fortzusetzen
- tarifgerechte Eingruppierungen als Mindeststandards
- das Prinzip der Freiwilligkeit ohne Zwangsversetzung beziehungsweise Zwangsabordnung
- Einhaltung der Grundsätze zum Gesundheits- und Arbeitsschutz, zum Beispiel die Durchführung von ganzheitlichen Gefährdungsbeurteilungen

# FLÜCHTLINGSHILFE SICHER FINANZIEREN

ver.di: Bund, Länder und Kommunen müssen Kosten gerecht aufteilen



(Foto: DPA / Picture Alliance)

**Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass die Finanzierung der Flüchtlingshilfe sichergestellt ist. „Vor Ort sind die höchsten Aufwendungen zu bewältigen“, betont der von den Fachbereichskonferenzen gewählte Leiter der Fachbereiche Bund und Länder sowie Gemeinden, Wolfgang Pieper. Deshalb bräuchten vor allem die Kommunen Hilfe. „Alle drei staatlichen Institutionen – Bund, Länder und Kommunen – müssen bei der Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ihren gerechten Anteil tragen“, bekräftigt Pieper.**

Generell hält ver.di es für schwierig, angesichts der aktuellen Situation konkrete Zahlen zu den Kosten nennen, die sich aus dem Zustrom der Flüchtlinge ergeben. „Die Regierungen müssen sich schnell Klarheit darüber verschaffen, wie den Herausforderungen zu begegnen ist“, fordert Pieper. Für ver.di gehört hier dazu, dass schnell und bestenfalls in Gänze die Kosten für die Flüchtlingshilfe zumindest für 2015 und perspektivisch die Gelder für 2016 beziffert werden. Diese Summen müssen schnell in Nachtragshaushalten beziehungsweise Haushalten sichergestellt werden.

Die finanziellen Lasten der Versorgung der Flüchtlinge tragen vor allem die Länder und die Kommunen. Bisher wurden ihnen drei Milliarden Euro zusätzlich von der Bundesregierung zugesagt.

2014 lag das Budget für die Flüchtlingshilfe bei 2,2 Milliarden Euro. Für 2015 wird erwartet, dass die Ausgaben für die Unterbringung, die Verpflegung und die Betreuung der Asylbewerberinnen bundesweit auf fünf bis acht Milliarden Euro steigen.

Auch der Bund bekommt die finanziellen Folgen des Flüchtlingszustroms unmittelbar zu spüren. Bundesbeschäftigte bearbeiten die Asylanträge, führen die Anhörungen durch und für die Menschen, deren Antrag anerkannt wurde, sind die Kosten für den Lebensunterhalt, die Sprachkurse und die Integration in den Arbeitsmarkt zu tragen.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation hat der Bund zusätzlich 10,4 Milliarden Euro, die auch zur Unterstützung der Länder und Kommunen verwandt werden sollen, im Bundeshaushalt 2016 eingeplant

Aber: Der Bund hält beim Bundeshaushalt auch an einer „Schwarzen Null“ fest. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) spricht von einer „Bewährungsprobe für Deutschland“ und will die Herausforderung ohne Neuverschuldung meistern. Er erklärte, die wirtschaftliche Entwicklung, die robuste Konjunktur, die gute Binnennachfrage und die gute finanzielle Lage in Deutschland ließen es zu, zusätzlich erzielte Manövriermasse für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu nutzen. Beim Bund zeichne sich ein Überschuss an Steuereinnahmen von gut fünf Milliarden Euro ab – wenn die zusätzlichen Kosten für die Flüchtlingshilfe erstmal außen vor gelassen werden.

ver.di aber ist skeptisch: „Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2016 birgt eine Reihe offener Fragen und viele Unwägbarkeiten“, ist sich Pieper sicher. Er warnt deshalb davor, auf einem ausgeglichenen Haushalt zu beharren. „Angesichts der prekären Situation und angesichts der vielen verzweifelten Menschen, die eine neue Heimat suchen, darf für keine Regierung ein ausgeglichener Haushalt sakrosankt sein“, betont Pieper.



(Foto: DPA / Picture Alliance)



(Foto: DPA / Picture Alliance)

## ZUM VERGLEICH

Die Flüchtlingshilfe kostet Geld. Ohne Frage. Es werden Milliarden sein, die in die Flüchtlingshilfe fließen. Doch man muss sich eines vor Augen führen: 2008 gab der Bund als geleistete Nothilfen zur Bankenrettung 26,5 Milliarden Euro aus.

**ver.di**  Beitrittserklärung  Änderungsmittteilung Mitgliedsnummer

**Titel/Vorname/Name**

**Straße**  **Hausnummer**

**PLZ**  **Wohnort**

**Telefon**  **E-Mail**

**Ich möchte Mitglied werden ab**

**Geschlecht**  weiblich  männlich

**Staatsangehörigkeit**

**Beschäftigungsdaten**

Arbeiter/in  Angestellte/r  
 Beamter/in  Selbständige/r  
 freie/r Mitarbeiter/in  Erwerbslos

Vollzeit   
 Teilzeit, Anzahl Wochenstunden:

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis

Schüler/in-Student/in (ohne Arbeitseinkommen) bis

Praktikant/in bis

Altersteilzeit bis

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in  
 Sonstiges:

**Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)**

**Straße**  **Hausnummer**

**PLZ**  **Ort**

**Branche**

**ausgeübte Tätigkeit**

**regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst in Euro**

**monatlicher Bruttoverdienst** €  **Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe**  **Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe**

**Ich wurde geworben durch:**

**Name Werber/in**

**Mitgliedsnummer**

**Ich war Mitglied in der Gewerkschaft**

**von**  **bis**

**Monatsbeitrag in Euro**

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mind. 2,50 Euro.

**IBAN**

**BIC**

Veriente Dienstleistungsgewerkschaft  
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497  
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

**SEPA-Lastschriftmandat**  
 Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

**Zahlungsweise**

monatlich  vierteljährlich  zur Monatsmitte  
 halbjährlich  jährlich  zum Monatsende

**Titel/Vorname/Name vom/von Kontoinhaber/in (nur wenn abweichend)**

**Straße und Hausnummer**

**PLZ**  **Ort**

**Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!**

**Personalnummer**

**Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:**  
 Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, meinen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren bei meinem Arbeitgeber monatlich einzuziehen. Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs.1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine diesbezüglichen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, zur Erledigung aller meine Gewerkschaftsmitgliedschaft betreffenden Aufgaben im erforderlichen Umfang verarbeitet und genutzt werden können.

**Ort, Datum und Unterschrift**

**Ort, Datum und Unterschrift**

**Datenschutz**  
 Die mit diesem Beitrittsformular erhobenen personenbezogenen Daten, deren Änderungen und Ergänzungen werden ausschließlich gem. § 28 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Sie dienen dem Zweck der Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Zweckbestimmung und sofern und soweit diese von ver.di ermächtigt oder beauftragt worden sind und auf das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet wurden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

W-3272-04-1113

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBERIN

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
V.i.S.d.P. Achim Meerkamp  
Mitglied des Bundesvorstandes  
Fachbereich Bund + Länder und Gemeinden  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

### REDAKTION

Jana Bender, Grit Genster, Harald Giesecke,  
Sigrid Müller, Renate Sternatz, Klaus Weber

### REDAKTIONSANSCHRIFT

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Fachbereich Bund + Länder  
Paula-Thiede-Ufer 10 | 10179 Berlin  
Tel (0 30) - 69 56 - 21 15  
Fax (0 30) - 69 56 - 35 51  
redaktion.bul-journal@verdi.de

### GESTALTUNG

Toni Polkowski  
www.fksd-design.de

### MEHR ZUM THEMA

[www.bund-laender.verdi.de](http://www.bund-laender.verdi.de)

[www.gemeinden.verdi.de](http://www.gemeinden.verdi.de)

[www.aktiv-gegen-diskriminierung.info](http://www.aktiv-gegen-diskriminierung.info)

[www.verdi.de/suche](http://www.verdi.de/suche)



*Bund + Länder*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**



*Gemeinden*

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**